Internationale Notlage

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **7 (1915)**

Heft 7

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-350421

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Vertreter der «Ritter der ursprünglichen Akkumulation» im Unterhaus sehr stark vertreten waren. Schliesslich gelang es am 29. August 1833 ein Arbeiterschutzgesetz durchzusetzen. Dieses Gesetz bringt in der Textilindustrie für Kinder (von 9 bis 13 Jahren) das Maximum von acht Stunden Arbeit, für jugendliche (von 13 bis 18 Jahren) 12 Stunden; die Nachtarbeit ist für beide Kategorien verboten (zwischen $8^1/_2$ Uhr abends und $5^1/_2$ Uhr morgens).

Das wichtigste an diesem Gesetz ist das, dass endlich vier Fabrikinspektoren zur Ueberwachung der Durchführung der Gesetze angestellt worden sind.

Von Interesse ist folgende Bemerkung des Verfassers: «Doch hatte zweifellos das Erscheinen der Cholera in Lancashire im Jahre 1832 dazu gedient, auch in Fabrikantenkreisen die Notwendigkeit zur Abstellung der Uebel in den untersten Volksschichten ans Licht zu heben.» Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die damalige öffentliche Meinung, wie sie sich zu der Frage des Arbeiterschutzes stellte. Die nationalökonomische Wissenschaft der damaligen Periode war prinzipiell gegen jede Einmischung des Staates in das Gebiet des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

In den Kreisen von Politikern und Journalisten herrschte ebenfalls diese Grundidee des wirtschaftlichen Liberalismus. Manche formulierten ihre Ansichten in ganz roher Weise, indem sie meinten, der Lebenszweck der niederen Schichten bestehe in harter Arbeit. Manche sprechen sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit aus volkswirtschaftlichen Gründen aus. So z. B. die berühmte Theorie von Senior über die letzte Stunde, nach der der Mehrwert gerade in der letzten Stunde erzeugt wird. Würde eine Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden, so haben die Unternehmer keinen Profit mehr, und die Industrie wird sofort erlahmt. Diese Theorie wird von Marx in seinem ersten Band des Kapital in glänzender Weise widerlegt. Derselbe Senior hat in den 50er und 60er Jahren seine Ansichten geändert und sprach sich für den Arbeiterschutz aus. Dieser Umschwung in der bürgerlichen Ideologie ist nicht zum geringen Teil auf die Chartistenbewegung zurückzuführen, die in den bürgerlichen Kreisen sehr beunruhigend gewirkt hat. Wie der Gedanke, einen besondern Arbeiterinnenschutz zu schaffen, entstanden ist und wie dieser sich fortwährend entwickelte, darüber werden wir in einem zweiten Artikel berichten.

Ch. R.

Internationale Notlage.

Die in Chicago erscheinende deutsche Arbeiterzeitung veröffentlichte vor einigen Wochen den folgenden Bericht, aus dem ersichtlich ist, dass auch in dem von den Kriegsschauplätzen weit abliegenden und durch den Krieg anscheinend begünstigten Nordamerika die Arbeiterklasse gegenwärtig leidet, wenn auch nicht in dem Masse, wie diejenige der europäischen Länder.

Regierungen und Arbeitslosigkeit. Das Elend der Arbeiterschaft der Welt übersteigt in dieser Zeit alle Grenzen und in wenigen Ländern sind die Regierungen gewillt oder fähig, es zu lindern. Die Arbeitslosigkeit und die Lebensmittelpreise sind noch immer im Steigen begriffen. Fast in jeder Stadt der Vereinigten Staaten fanden am 12. Februar grosse Demonstrationen Arbeitsloser statt, ohne dass die Regierung merken lässt, dass sie weiss, dass ein Arbeitslosenproblem überhaupt existiert. Als Huerta seinen Hut vor der amerikanischen Flagge nicht ziehen wollte, warfen die kapitalistischen Politiker in Washington 160 Millionen Dollars aus, um dem mexikanischen Mörder Manieren beizubringen und nebenbei den deutschen und englischen Oelinteressen zugunsten Rockefellers das Wasser — oder Oel — abzugraben. Die grosse Masse der Arbeitslosen existiert einfach nicht für die Herren im Weissen Hause. Oder ist es vielleicht nicht von Wichtigkeit, wenn das staatliche Arbeitsnachweisbureau von Massachusetts berichtet, dass es von 2500 Bewerbern nur 26 Arbeit verschaffen konnte? Wie in Massachusetts geht es überall. Der Unterschied ist nur der, dass wir einen amtlichen Bericht von Massachusetts besitzen und von den anderen Staaten nicht. In den Grossstädten ist das Verhältnis wohl noch viel krasser.

Wenn daher der Präsident der Vereinigten Staaten seine Augen verschliesst und sagt, dass die Geschäfte sehr gut gehen und dass das Gerede vom schlechten Geschäftsgang nur ein Hirngespinst aufgeregter Leute ist, dann beweist er nur, dass er entweder die Arbeiter nicht als einen Teil des amerikanischen Volkes kennt — oder nicht kennen will — oder die wirklichen Zustände des Landes nicht anerkennt. Vor dem Sturze des römischen Weltreiches, vor dem deutschen Bauernkrieg und vor der französischen Revolution ging es den herrschenden Klassen wie den Leuten im Weissen Haus. Sie verschlossen Augen und Ohren vor der kommenden Sündflut — um nachher von ihr fortgefegt zu werden. Die herrschende Klasse des 20. Jahrhunderts hat wenig zugelernt, und eines Tages wird die verdammte Gleichgültigkeit der Arbeiter zu Ende sein und sie werden sich ihr Recht verschaffen. Selbst ein chloroformierter Mensch wacht einmal auf, und wenn die Not gar zu gross wird, besinnt sich selbst ein amerikanischer Arbeiter auf sein Recht, leben zu dürfen.

In der letzten Zeit hat man viel von dem ausgehungerten Deutschland gehört, und als Illustration der hohen Lebensmittelpreise wurde berichtet, dass ein Brot in Berlin 90 Pfennig kostet. Was sind nun die Tatsachen? Das Brot, welches 90 Pfennig oder $22^1/_2$ Cents kostet, wiegt zwei Kilogramm, gleich 4 Pfund 6 Unzen amerikanischen Gewichts. Das macht also 5 Cents per Pfund, während wir hier in Amerika so glücklich sind, an der Krippe zu sitzen und im Frieden leben und 6 Cents bezahlen.

Nach englischen Zeitungen scheint es in England viel schlechter auszusehen, als wie in Deutschland. Die Erregung der englischen Arbeiterschaft über die Teuerung findet ihren Ausdruck darin, dass die «Daily Citizen» die Kriegsberichte auffallend hinter die wirtschaftliche Kampagne zurückstellt und auf die Erhöhung des Tonnenpreises Kohle von $1^1/_2$ auf 3 Schilling hinweist. Sie greift die Schiffseigner wegen der unmotivierten Wuchertarife

an. Verschiedene Arbeiterkomitees fordern das Eingreifen der Regierung gegen den Kohlen- und Getreidewucher. Der Nationale Arbeiterkriegsausschuss wählte zur Untersuchung ein achtgliedriges Subkomitee, darunter Sidney Webb, Anderson, Mac Donald, Hyndman, den Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses Seddon, Genossenschaftsverbändler, William Sto, den Sekretär des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses. Bowerman tadelt, dass die Regierung ihre Bemühungen zur Preiskontrolle eingestellt habe, die Teuerung sei besonders drückend, weil vielfach nur kurze Zeit gearbeitet werde. Das neugewählte Parlamentsmitglied Anderson fordert die Nationalisierung der Kauffahrteischiffe. Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes, Williams, erklärt, die englischen Rheder missbrauchen ihr durch die Ausschliessung der deutschen Schiffe tatsächlich gewonnenes Monopol. Die Docker und Seeleute hätten doppelten Lohn fordern können, die Rheder aber stellten ihr eigenes Interesse dem Volksinteresse voran. Die Verteuerung der Transportarbeit beträgt 10 Prozent, die Schiffseigner aber schlagen 400 Prozent auf.

Aus allen Grossstädten wird eine steigende Erregung gemeldet. In Glasgow, Birmingham und Leeds stellten die Gewerkverbände die Teuerungsziffern fest.

Achttausend Bristoler Mitglieder der Docker-Union fordern eine Lohnerhöhung. Die Rheder beschuldigen in der kapitalistischen Presse die Docker, dass sie durch hohe Wochenlöhne von 4 bis 5 Pfund die Teuerung verursachten. Ben Tillett weist im Wochenblatt der Hafenarbeiter die Böswilligkeit dieser Behauptung nach, der Durchschnittslohn betrage 30 bis 35 Schilling pro Woche. Es sei auch unwahr, dass im Londoner Hafen überreiche Arbeitsgelegenheit vorhanden sei, wenngleich mehr Nachfrage als gewöhnlich sei. Der Generalsekretär der Docker-Union, Sexton, weist dasselbe für Liverpool nach, wo die Docker ihre Lohnforderungen wegen des Krieges zurückstellten.

Die «Daily Citizen» bezeichnet die Lage der Unorganisierten und die der Familien von Kriegsteilnehmern als unerträglich.

Dass es die Pflicht der Regierungen ist, für die Arbeitslosen zu sorgen, hat die deutsche Regierung bewiesen, indem sie aus den grossen Kriegskrediten bis jetzt 300 Millionen Mark für die Arbeitslosen bewilligt hat. Mag sie es getan haben, um nicht eine Armee Unzufriedener im Rücken zu haben — sie hat immerhin das Prinzip anerkannt, dass es die Pflicht des Staates ist, für die Arbeitslosen zu sorgen. Dieses Prinzip auch in den Vereinigten Staaten zur Geltung zu bringen, ist die Aufgabe der fortschrittlichen Arbeiter. Wenn die Arbeitslosigkeit auch nicht von der Regierung gemacht wird — so ist sie doch verantwortlich, wenn die Arbeitslosigkeit bestehen bleibt. Sie kann und muss helfen!

(Chicago Arbeiter-Zeitung.)

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Frankreich.

Der französische Metallarbeiterverband seit Kriegsausbruch.

Der Nr. 25 des «Metallarbetaren», Organ des schwedischen Metallindustriearbeiterverbandes, entnehmen wir die nachfolgenden Ausführungen über die Verhältnisse im französischen Metallarbeiterverband seit Kriegsausbruch:

Die Bruderorganisationen in den kriegführenden Ländern.

Seit Ausbruch des Krieges haben wir nur wenige Mitteilungen über die französische Gewerkschaftsbewegung erhalten. Das Organ des französischen Metallarbeiterverbandes, das sonst jeden Monat erschien, ist seit dem Kriege nur einmal in ganz kleinem Umfange herausgegeben worden. Man konnte aber aus dem Inhalt ein klares Bild von der Tätigkeit der Organisation nicht gewinnen. Auch die übrige ausländische Tagespresse scheint irgendwelche Mitteilungen aus Frankreich nicht erhalten zu haben.

Dieser Tage nun haben wir ein Exemplar des Verbandsorgans des französischen Metallarbeiterverbandes erhalten, das über die Verhältnisse des Verbandes in der Zeit vom August 1914 bis Mai 1915 berichtet. Wenn auch der Inhalt dieser Nummer sich grösstenteils mit Fragen beschäftigt, die den Krieg betreffen, sowie mit Fragen, die für die nichtfranzösischen Verbände von weniger Interesse sind, so erhält man doch einigen Aufschluss über den Grund der bisherigen Schweigsamkeit.

Der geschäftsführende Ausschuss des französischen Verbandes erklärt, dass die erste Massregel beim Ausbruch des Krieges die Sicherstellung des Verbandsvermögens betroffen habe, damit dieses, wenn der Sturm sich gelegt hatte, für die Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Verbandes verfügbar sei. Darum beschloss der Ausschuss, mit der weiteren Ausgabe des Verbandsorgans aufzuhören. Sämtliche Mitglieder des Verbandssekretariates legten übrigens ihre Aemter nieder. Der Grund dafür ist aus dem Inhalt dieser Nummer nicht ersichtlich, scheint aber darin zu liegen, dass der grösste Teil der Mitglieder zu den Fahnen einberufen wurde. Schliesslich musste fast die ganze Arbeit im Hauptbureau von dem zurückgebliebenen Sekretär A. Merrheim erledigt werden. Beim Kriegsausbruch wurden in Frankreich sämtliche Postverbindungen abgebrochen. Die Verbandsleitung konnte deshalb während den ersten drei Monaten mit den Zahlstellen des Verbandes nicht in Verbindung treten. Da der Postverkehr nur sehr langsam wieder aufgenommen wurde, konnte die Verbandsleitung erst im November 1914 durch ein Rundschreiben an die Zahlstellen sich Gewissheit verschaffen, welche Zahlstellen noch die Tätigkeit aufrecht erhalten haben. Es wurde festgestellt, dass einige Zahlstellen überhaupt nichts von sich hören liessen. Ferner war natürlich die gewerkschaftliche Tätigkeit der in den besetzten Gebieten liegenden Zahlstellen, wie Albert, Soissons und Tourcoing eine Unmöglichkeit. Ein grosser Teil der übrigen Zahlstellen sprach sich für Fortsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit aus, aus dem Verbandsorgan geht aber hervor, dass die Mitglieder in grösserer Zahl die Organisation verlassen hatten und dass die Weiterzahlung der Beiträge nur in Ausnahmefällen erfolgte. Sagt doch selbst der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes im Rundschreiben vom 6. November 1914: «dass die Einsendung der Beiträge in dieser Periode notwendigerweise von untergeordneter Bedeutung ist, dass aber die teilweise oder vollständige Einstellung der Beitragleistung nicht den in mancher Beziehung interessanten und nützlichen Briefaustausch verhindern sollte.»

Die Zahlstellen sollten vor allem berichten über die Verhältnisse in den einzelnen Orten, über die beim Kriegsausbruch erfolgte Schliessung oder Wiedereröffnung der Betriebe, über Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und anderes mehr.

Ein Mitglied des Ausschusses bedauert in einem Artikel die betrübende Tatsache, dass die Mitglieder der Organisation diese in einer Zeit im Stiche lassen, wo sie vielleicht deren Hilfe am nötigsten hätten.

Ferner geht aus dem Inhalt der uns vorliegenden Nummer hervor, dass der sogenannte Burgfrieden und das Zusammenarbeiten der Arbeiter mit den Regierenden den ersteren keine Vorteile gebracht habe. Es herrscht dieselbe rücksichtslose Ausbeutung wie vorher, es sei denn, dass diese noch unerhörtere, skandalösere Formen angenommen habe. In einem Teil der Betriebe, die